

Die letzte Hürde des Kompromisspolitikers

CVP-Ständerat Urs Schwaller will bis im Herbst eine mehrheitsfähige Rentenreform zimmern

Von Dominik Feusi, Brugg

Die Revision der Altersvorsorge soll sein politisches Meisterstück werden. Er hat dafür nur einen halben Versuch. Die Rede ist vom Freiburger CVP-Ständerat Urs Schwaller. Weil er im Herbst nicht mehr zur Wahl antritt, muss er im Ständerat eine Vorlage bauen, die auch noch hält, wenn er gar nicht mehr im Parlament ist. An der Delegiertenversammlung der CVP im aargauischen Brugg holt er sich am letzten Samstag den Rückhalt bei seiner Partei. Sie verabschiedet eine Resolution, die zwar eine Richtung vorgibt, aber Schwaller viel politischen Spielraum lässt. Die eigentliche Arbeit läuft zurzeit in der Sozialpolitischen Kommission des Ständerates.

Während andere Politiker ihre letzten Sessionen vor allem geniessen, hat sich Urs Schwaller eine Mission gegeben. Er will für die Altersvorsorge einen Kompromiss finden, der sowohl im Parlament wie auch in einer Volksabstimmung besteht. Das dürfte schwierig werden, zumal unter dem Zeitdruck, den er sich selbst gesetzt hat. Im September soll ein Entwurf in den Rat. Der frühere Fraktionschef ist die Inkarnation des Kompromisschmieds. Freunde loben ihn dafür, Gegner verachten ihn als Opportunisten.

Ein Dutzend Anläufe

Solche Urteile kümmern ihn nicht. «Wir müssen es schaffen, sonst verlieren wir ein bis zwei Jahre», sagt Schwaller nach getaner Überzeugungsarbeit. Der Ständerat wird nach den Wahlen anders aussehen. Auch andere Sozialpolitiker, zum Beispiel der Zürcher FDP-Mann Felix Gutzwiller, treten nicht mehr zur Wahl an. Schwaller ist erfahren genug, um zu wissen, dass der Erstrat einer Vorlage die entscheidende Richtung gibt. Bringt er in der ständerätlichen Kommiss-



Unterwegs in Sachen AHV. Urs Schwaller (62) will in kürzester Frist erreichen, was in zwanzig Jahren nicht gelang. Foto Keystone

sion einen Kompromiss zustande und bestätigt der Rat dann diese Linie, dürfte sie auch im Nationalrat gute Chancen haben. Und wenn die Vorlage so ein Jahr später in den Ständerat zurückkommt, werden die Nachfolger von Schwaller die Vorlage nicht mehr vollständig auf den Kopf stellen.

Seit der letzten erfolgreichen Reform vor zwanzig Jahren ist rund ein Dutzend Anläufe entweder im Parlament oder an der Urne gescheitert. Schwaller leidet an diesen Misserfolgen, seit er 2003 in den Ständerat gewählt wurde. Sie haben dazu geführt, dass die für die Altersvor-

sorge zuständigen FDP-Bundesräte die Finger von Reformvorhaben gelassen haben. Jetzt, mit einem SP-Bundesrat soll es gelingen, findet Schwaller. Darum hat er die umfassende Revision seines Kantonskollegen von Anfang an befürwortet. Seine Gegner – sowohl zur Linken wie zur Rechten – behaupten, das habe damit zu tun, dass er in Bersets Büro ein- und ausgehe. Schwaller winkt ab. Die gleichzeitige Reform von erster Säule (AHV) und zweiter Säule (berufliche Vorsorge) sei nötig, weil es die Situation erfordere: «Die AHV schreibt rote Zahlen, und bei den Pensionskassen

Die Partei stimmt sich auf den Wahlherbst ein

Brugg. Die CVP Schweiz hat sich an ihrer Delegiertenversammlung vom Samstag in Brugg (AG) auf die nationalen Wahlen vom Herbst eingestimmt. Sie sagt mit 120 zu 83 Stimmen Ja zur Verfassungsänderung für die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID). Der Entscheid fiel damit etwas klarer aus als erwartet. Die Partei war nämlich bei dieser Vorlage im Vorfeld der Delegiertenversammlung gespalten gewesen. Der Parteivorstand hatte sich mit 19 zu 12 Stimmen für die PID-Vorlage ausgesprochen. Ein klares Ja beschloss die CVP mit 186 zu 25 Stimmen zur Neuregelung der TV- und Radiogebühren. Medienministerin Doris Leuthard machte in ihrer Rede kräftig Werbung für das neue Radio- und TV-Gesetz. Die Haushalte und ein Grossteil der Unternehmen müssten künftig weniger bezahlen. Nur einige wenige Unternehmen mit mehr als einer Milliarde Franken Umsatz müssten künftig tiefer in die Tasche greifen. Eine eigentliche Diskussion unter den Delegierten entwickelte sich nicht.

Das Nein zur Erbschaftssteuer-Initiative hatte die Partei schon im April 2013 beschlossen, lange vor der Behandlung durch Bundesrat und Parlament. CVP-Parteipräsident Christophe Darbellay stimmte seine Partei auch auf die nationalen Wahlen vom Herbst ein. Die Wahlen in den Kantonen hätten gezeigt, dass mit einer grossen Mobilisierungskampagne durchaus Sitze dazugewonnen werden könnten. Die bisherigen Umfragen würden der CVP zwar Verluste voraussagen, sagte Darbellay. Dennoch sei die Partei bei Wahlen in mehreren Kantonen als Siegerin dagestanden – etwa in Zürich, wo die CVP einen Regierungssitz zurückeroberet, oder im Kanton Genf, wo die Partei bei den Kommunalwahlen 16 zusätzliche Sitze gewonnen habe. Je nach Mobilisierungsgrad könne die CVP vier Prozent gewinnen oder verlieren, sagte Darbellay. Die kommenden sechs Monate bis zu den nationalen Wahlen würden kein Spaziergang. Man müsse den Sympathisanten klar machen, dass es sich um eine Schicksalswahl handle. SDA

werden Gelder umverteilt, weil der Umwandlungssatz zu hoch ist.»

Schwaller ist nicht einfach Bersets Vasall. In den Details gibt es wesentliche Differenzen. Er will dessen Vorlage «entschlacken», wie er es nennt. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1,5 Prozent ist für ihn ein No-Go. Er denkt an 0,6 Prozent plus die 0,3 Prozent, die die Invalidenversicherung ab 2018 nicht mehr erhält. Er will eine kürzere Übergangsfrist und steht der Senkung der Eintrittsschwelle in der zweiten Säule kritisch gegenüber. Umgekehrt will er Teilzeitjobs zusammen-

rechnen, um besonders Frauen besser abzusichern. Er will auf alles verzichten, was nicht mehrheitsfähig scheint. Eine Schuldenbremse für die AHV sollen seine Nachfolger beschliessen. Auch eine Rentenformel, wie sie die Jungparteien, inklusive seiner CVP, fordern, liegt nicht drin. «Wenn die Vorlage gelingt, dann brauchen wir so etwas gar nicht», sagt er und entschwindet mit fliegendem Mantel. Schwaller macht Politik in der kürzestmöglichen Frist. Wenn er durchkommt, wäre es die Ausnahme, die die Langsamkeit der Politik in der Schweiz bestätigt.

Die Liberalen wittern Morgenluft

FDP will bei den Wahlen die SP überholen

Brig. Die FDP habe erfreuliche Resultate bei den kantonalen Wahlen in Baselland, Luzern, Appenzell Ausserrhoden, Zürich und auch im Tessin erzielt, sagte FDP-Parteipräsident Philipp Müller am Samstag vor den rund 220 Delegierten in Brig im Kanton Valais. Diesen Schwung gelte es nun für die eidgenössischen Wahlen im Herbst mitzunehmen. «Wir dürfen nicht nachlassen. Unser Leitmotiv muss sein: Jetzt oder nie», so Müller. Der FDP-Parteipräsident geisselte auf der einen Seite die «verschwennerische Umverteilungspolitik der Linken» und auf der anderen Seite den «Isolationismus der SVP». Beides sei gefährlich für die Arbeitsplätze. Die FDP habe die besseren Rezepte, sagte Müller. Um diese aber durchzubringen, brauche es mehr FDP am 18. Oktober.

Im Schnellzugtempo fassten die Delegierten im Anschluss die Parolen zu drei der vier Abstimmungsvorlagen vom 14. Juni. Am meisten zu reden gab das neue Radio- und Fernsehgesetz (RTVG). Verschiedene Redner bezeich-

neten die Vorlage als «neue Mediensteuer», die der Wirtschaft nicht zugemutet werden könne. Die Delegierten beschlossen schliesslich mit 136 zu 78 Stimmen, das neue RTVG abzulehnen. Die Nein-Parole zur Erbschaftssteuer-Initiative der SP wurde einstimmig gefasst. Eine Diskussion erübrigte sich, denn die Freisinnigen waren sich einig, dass eine solche Steuer Unternehmertum und Familienbetriebe bestraft und deren Fortbestand gefährdet.

Ja zur Fortpflanzungsmedizin

Befürwortet wurde hingegen mit 194 zu sechs Stimmen der neue Verfassungsartikel für die Fortpflanzungsmedizin. Die schweizerische Gesetzgebung sei in diesem Bereich sehr restriktiv, sagte der Zürcher FDP-Ständerat Felix Gutzwiller. Nur die Schweiz und Litauen würden die Präimplantationsdiagnostik heute noch verbieten.

Die Stipendien-Initiative war bereits am Freitagabend von der Parteipräsidentenkonferenz der FDP mit 20 zu null Stimmen verworfen worden. SDA

Die Bilateralen auf die Fahne geschrieben

Die BDP gibt sich kämpferisch

Gossau. Im Wahljahr will sich die BDP mit einem klaren Bekenntnis zu den bilateralen Verträgen positionieren. «Wir sind bereit, unser Verhältnis zu Europa in der Verfassung zu regeln», sagte Parteipräsident Martin Landolt an der Delegiertenversammlung am Samstag im st.-gallischen Gossau.

Die wirtschaftlich schädliche Unsicherheit müsse endlich ein Ende nehmen. Die BDP wolle auch «den Volkswillen ernst nehmen und die Zuwanderung senken», durch eine konsequente Förderung der inländischen Arbeitskräfte. Als einzige bürgerliche Partei stehe die BDP für die geordnete Energie- und für eine liberale Gesellschaftspolitik ein, sagte Landolt.

Der Parteipräsident und Glarner Nationalrat räumte ein, dass die BDP zuletzt bei kantonalen Wahlen «teilweise schmerzliche Niederlagen erlitten habe». «Ein möglicher Kollaps unserer Partei» und das Schicksal von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf seien derzeit «Lieblingsthemen vieler Journalisten und Politologen».

Landolt gab sich kämpferisch und rief seine Parteimitglieder auf, den «unbequemen, aber aufrichtigen Weg» der BDP weiterzugehen. «Wir sind gekommen, um zu bleiben.»

Die BDP Schweiz sagt Ja zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes, Ja zur Änderung des Verfassungsartikels zur Fortpflanzungsmedizin und Nein zur Stipendien-Initiative. Im Wahlkampf positioniert sich die Partei mit Bekenntnissen zum bilateralen Weg und zur Energiewende.

Der Revision des Radio- und Fernsehgesetzes stimmten die Delegierten am Samstag in Gossau mit 79 zu 23 Stimmen zu. Sie folgten mehrheitlich der Argumentation, die neue, vom Besitz eines Radio- oder TV-Geräts unabhängige Empfangsgebühr sei zeitgemäss, gerecht und unbürokratisch. Die Ja-Parole zur Änderung des Verfassungsartikels zur Fortpflanzungsmedizin fassten die Delegierten mit 98 zu 15 Stimmen. Keine Chance hatte die Stipendien-Initiative, die mit 117 zu zwei Stimmen zur Ablehnung empfohlen wurde. SDA

Nachrichten

Botschaftsasyl: Nur beschränkter Nutzen

Bern. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga sieht wenig Chancen für eine Wiedereinführung des Botschaftsasyls als Reaktion auf die jüngste Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer. Sie habe bereits mit der EU darüber gesprochen und es sei unwahrscheinlich, dass in der EU zurzeit ein neues Instrument eingeführt werde. Die Herausforderungen dafür seien viel zu gewaltig. SDA

Grüne wollen das Ruder herumreissen

Renens. Nach den Misserfolgen in Baselland und den Kantonen Luzern, Zürich und Tessin wollen die Grünen das Ruder vor den nationalen Wahlen vom 18. Oktober herumreissen. Sie forderten an der Delegiertenversammlung in Renens (VD) einen besseren Klimaschutz und fassten viermal die Ja-Parole für die Abstimmungen vom 14. Juni. SDA

Nationalrat Guhl wird oberster Imker

Bern. Die Biene ist nicht nur das Wahlkampfobjekt seiner Partei, der BDP. Ab Mai ist Nationalrat Bernhard Guhl auch noch oberster Imker des Landes. Er wurde am Samstag zum Präsidenten des schweizerischen Imker-Dachverbandes Apisuisse gewählt. SDA

SRG-Werbespot ist unlauterer Wettbewerb

Lausanne. Die SRG ist vor Bundesgericht dem Medienunternehmen Tamedia unterlegen. Ursache des Rechtsstreits ist ein Videospot, in dem Radio- und Fernsehgebühren mit denjenigen von Zeitungsabos verglichen werden. Tamedia hatte der SRG unlauteren Wettbewerb vorgeworfen und Klage eingereicht. Zentrale Aussage des umstrittenen Werbespots ist, dass die Kosten für das tägliche Fernsehen tiefer seien als diejenigen für das tägliche Zeitungslernen. SDA

Die Schweiz darf im europäischen Stromhandel nicht mitmischen

EU-Kommission hat hohe Beamte auf eine harte Haltung eingeschworen

Bern. Die EU-Kommission hat einer vorläufigen Schweizer Teilnahme am europäischen Stromhandel ab Juli offenbar eine Absage erteilt. Das berichtet die *NZZ am Sonntag* in ihrer Ausgabe von gestern. Anlässlich einer Sondersitzung zur Schweiz vergangene Woche wurden hohe Kommissionsbeamte auf eine harte Haltung eingeschworen. Ziel des Treffens sei gewesen, alle auf den gleichen Stand zu bringen und mit einer Stimme zu sprechen, teilte eine EU-Sprecherin mit.

Dabei hatte die Schweizer Energieministerin Doris Leuthard erst im Januar mit EU-Energiekommissar Miguel Cañete verhandelt. «Kommissar

Cañete hat mir ein Fenster geöffnet», sagte Leuthard damals. «Er hat gesagt, es sei möglich, dass wir eine Interimslösung beim Strom bekommen. Die Bedingungen dafür sind allerdings hart.» Als Bedingung für ein Interimsabkommen nannte die Bundesrätin Lösungen bei den staatlichen Beihilfen sowie der überwachenden Gerichtsbarkeit im Energiebereich. Bis im Juni müsse die Schweiz dafür konkrete Vorschläge bringen. Doch nun sei dieser pragmatische Ansatz gescheitert, schreibt die *NZZ am Sonntag* – zur Enttäuschung jener, die sich von der neuen EU-Kommission mehr Verständnis für die Schweiz erhofft hatten.

Es sei illusorisch zu glauben, dass sich die Schweiz durch eigenen Strom selber versorgen könne, sagt Swissgrid-Sprecher Andreas Schwander der *BaZ* im Februar (Ausgabe 19.2.2015). Dafür bräuhete es ein anderes Netz und einen anderen Kraftwerkspark, aber auch massiv mehr Kapazität in möglichst kleinen Einheiten.

Einheimische Kapazitäten erhöhen

Damals schon sagte Andreas Meier, Sprecher vom grössten Stromproduzenten der Schweiz, der Apliq, die Schweiz könnte bald gezwungen sein, «sich doch noch gewisse Gedanken über mehr Autarkie im Stromnetz zu machen». Klar

war für ihn bereits im Februar, was die Zukunft ohne Abkommen bringen wird. Ohne Stromabkommen führe kein Weg daran vorbei, die einheimischen Produktionskapazitäten zu erhöhen.

Auf nationaler Ebene wächst der Widerstand gegen die Energiestrategie. Wie stark die Gegner sind, wird sich kommende Woche in der Energiekommission des Ständerates zeigen. Energieministerin Doris Leuthard stellt sich gegen Abstriche bei der Förderung der erneuerbaren Energien. «Wenn wir weniger Geld zur Verfügung haben, können wir die erneuerbaren Energien nicht im geplanten Tempo ausbauen», so Leuthard. *vj/kt/SDA*